

Zeitung für das Dilltal.

Amiliches Kreisblatt für den Dillkreis.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg.
Geschäftsstelle: Schulstrasse 1. Fernruf: Dillenburg Nr. 24.

Insertionspreise: Die kleine Gesp. Anzeigenzeile 15 A, die Kleinanzeigen 40 A. Bei ununterbrochener Wiederholungs-Aufnahmen entsprechende Rabatte, für umfangreichere Aufträge günstige Preise. Offerten zeichnen ob. Aufst. durch die Exp. 25 A.

Nr. 286

Donnerstag, den 6. Dezember 1917

77. Jahrgang

Rumänien tritt in Waffenstillstandsverhandlungen ein!

Die Waffenstillstands-Verhandlungen.

Der deutsche amiliche Bericht.

Großes Hauptquartier, 5. Dezember. (M.B. Amilich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

An der französischen Front lebhaftste Artillerietätigkeit. Zwischen Inchy und Bourlon war das Feuer am Nachmittag erheblich gesteigert. Feindliche Vorstöße südlich von Valenciennes scheiterten. Wir machten einige Gefangene. Englische Granatminen bei und südlich von Maraising wurden vom Feinde gefeuert. Südlich von St. Quentin verstärkter Artillerie- und Minenkampf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht:

In zahlreichen Abschnitten führte reger beiderseitiger Erkundungstätigkeit zu heftigen Kämpfen.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

An der Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und des Generalfeldmarschalls von Mackensen dehnen sich die Waffenstillstandsverhandlungen auch auf die rumänischen Truppen aus.

Mazedonische Front:

Starke feindliche Abteilungen, die an dem Westufer des Ochrida-Sees und nördlich vom Doiran-See vorstießen, wurden abgewiesen.

Italienische Front: Truppen des Feldmarschalls Conrad haben in den Steben Gemeinden den Italienern einige Höhenstellungen entzogen.

Der erste Generalquartiermeister: Hindenburg.

Der österreichische amiliche Bericht.

Wien, 5. Dezember. (M.B.) Amilich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Die Verhandlungen bei dem Feldmarschall Eugen Leopold von Bayern werden fortgesetzt. Der Oberbefehlshaber der zwischen Dux und dem Schwarzen Meer stehenden russischen und rumänischen Truppen ist gestern Nachmittag an den Generalobersten Erzherzog Josef und an den Generalfeldmarschall von Mackensen mit dem Vorschlag herangetreten, Besprechungen über einen Waffenstillstand einzuleiten. Unsere Heeresführer antworteten zustimmend. Abordnungen begeben sich an den Verhandlungsort.

Italienischer Kriegsschauplatz: Auf der Hochfläche der Steben Gemeinden nahmen die Truppen des Feldmarschalls Conrad einige Höhenstellungen.

Eine große Ueberraschung bringt die Nachricht von dem Beitritt Rumäniens zu den Waffenstillstandsverhandlungen. War nun einmal die Waffenruhe an der gesamten russischen Front Tatsache geworden, so blieb dem rumänischen Heereschef wohl nichts anderes mehr übrig als aus der neu entstandenen Lage die Folgen zu ziehen. Rumänien, vollkommen von der militärischen Unterstützung des Hinterlandes abhängig, konnte sich nicht noch einmal auf die so „gerühmte“ Entente verlassen, deren Wirksamkeit es ja vor Jahresfrist in „durchschlagender“ Weise eigenen Leide zu spüren bekam. Diese günstige Gelegenheit sich auf einer einigermaßen anständigen Art aus dem bedrückenden Schutze der Entente loszulösen, dürfte nicht allzu unwillkommen sein. Obgleich dieser Schritt Rumäniens nicht allzu große reale Folgen für uns zeitigen wird, so erfüllt uns immerhin diese dem Verbände bewusste derbe Ohrfeige mit großer Genugtuung.

Die Türkei und der Waffenstillstand.

Konstantinopel, 5. Dez. (M.B.) Ergänzung zu amilichen Heeresbericht vom 3. Dez.: Der Oberbefehlshaber der russischen Heere machte einen auf den Abschluss eines Waffenstillstandes abzielenden Vorschlag, und zwar alle Fronten der verbündeten Heere im Osten. Dieser Vorschlag ist von den verbündeten Heeren angenommen worden. Daraufhin traf eine russische Abordnung zu den auf hieselben Verhandlungen bei dem Oberkommando der Osmaren ein. Eine vom Oberbefehlshaber der türki-

schen Armee ernannte Abordnung unter der Führung des persönlichen Adjutanten des Sultans, Divisionsgenerals erster Klasse Baki Pascha, schloß sich der Vertretung der verbündeten Heere an. Die Vorbesprechungen über den Waffenstillstand haben am 3. Dezember mit tags begonnen.

Die politische Lage.

Am Reichstage hat sich der neue Reichskanzler Graf Hertling am vorigen Donnerstag der deutschen Volksvertretung mit einer Rede vorgesetzt, die vorher nach ihrer Tendenz mit den Führern der Reichstagsmehrheit vereinbart war. Sie ist denn auch ohne wesentlichen Widerspruch von ihrer Seite angenommen worden. Soweit ist der Burgfriede im Reich auf der Grundlage des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli unterschrieben und besiegelt, und die Herren von Kahlmann und Hertling haben freie Hand, jenes Friedensprogramm durchzuführen, das, aus Schwäche und Kriemut geboren, bestimmt erscheint, die Blütezeit für Deutschland abzuschließen zu der es unter Kaiser Wilhelm I. und seinen Paladinen gelangt war.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus hat die 3. Gesetzentwürfe über die Wahlen zum Haupte der Abgeordneten, die Zusammenlegung des Herrenhauses und die Abänderung der Artikel 62 und 63 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 vorgelegt, durch die das alte Preußen eingestuft werden soll. Wir sehen hier die ungeliebte Erbschaft Bethmann-Hollweg vor uns, der noch wenige Tage vor seinem Rücktritt dem König die Zustimmung zu der Demokratisierung Preußens abgerungen hat. Es war der letzte Schlag, den Bethmann gegen die Kaiserlichen führte, die seiner Politik schon seit Jahren, nach ihrer Ueberzeugung, opponierten und von ihm bedrohen persönlich bekämpft wurden. Es ist nun nicht ohne Reiz, daß sich unsere Demokraten heute hinter der Autorität der Krone verschanzen, um die Konföderation zu veranlassen, ihren Widerstand gegen die „Vogelschönung“ Preußens mit dem Reichstagsbeschluss aufzugeben. Sie argumentieren dabei so, daß der Wille des Königs von der preussischen Volksvertretung zu respektieren sei und daß jeder Widerstand gegenüber diesem Willensakt der Krone zu unterstellen habe. Auch für sie ist also der „König absolut, wenn er ihren Willen tut!“ Damit ist freilich über das parlamentarische Schicksal der preussischen Wahlrechtsfrage noch nicht entschieden, denn die Parteien der Rechten werden sich durch demokratische Reklamationen keinesfalls dazu veranlassen lassen, die ohne politische Prüfung hinunter zu schmeißen. Allerdings sind die Konföderation nicht in der Lage, die Regierungsvorlagen allein und ohne Hilfe anderer Parteien so abzuändern, wie es dem wohlverstandenen Interesse der preussischen Monarchie entsprechen würde. Die Mitwirkung der Freikonföderation und Nationalisten wäre unbedingt dazu erforderlich; doch steht die Stellungnahme beider Vandalenfraktionen heute noch nicht fest. Die ersten dürften gezwungen sein, eine Opportunistenpolitik zu treiben, und bei den Nationalisten ist noch zu übersehen, wie weit sie sich dem Entschlusse ihres früheren Führers, des jetzigen Vize-Ministerpräsidenten Dr. Friedberg, unterwerfen werden, der aus einem Caudex über Nacht zum Bausil wurde. Ihr rechter Flügel lehnt vorläufig alle Forderungen der Demokratisierung Preußens entschieden ab. Damit ist aber noch keineswegs die Stellung der

Fraktion festgelegt, wenn es einmal zur Abstimmung über die Vorlage kommen sollte.

Dem Reichskanzler dürfte aber die Lösung der Wahlrechtsfrage in Preußen doch noch manche „Schwierigkeiten“ bereiten. Zunächst hat er sich mit Ministern umgeben, die ihm politisch nahe stehen, und sein volles Vertrauen besitzen. Er veranlaßt die Berufung des Herrn Geh. Legationsrates, Wilhelm von Radolow, zum Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei und die Kommandierung seines Sohnes, des Majors Graf Hertling in das gleiche Reichsamt. Geheimrat von Radolow ist ein Sohn des früheren deutschen Botschafters in Madrid, der von Auf eines vornehmen Diplomaten und guten Katholiken besaß. Der Sohn der faulen Blase Erzherzogs im Reichstage nach dem Amtsantritt des Dr. Michaelis ernannt, daß bei der Neubestimmung der Vertreter der Partei zwischen Katholiken und Protestanten nicht getrennt werden soll, wird nunmehr zugeben müssen, daß diesem Mangel abgeholfen ist. Die Augsburger Abendzeitung ist ehrlich genug, dies zuzugestehen, indem sie schreibt: „Wir freuen uns, daß die Wege nach Rom und Wien fester als je gepflastert sind, und daß das Reich gewissermaßen katholisch und weißau angeordnet ist.“ Wir halten diese Meinung weniger für bezeichnet, als für tollkühn. Denn wenn das Augsburger Abendblatt mit seinem tendenziösen Ausdruck recht haben sollte, so müßte das deutsche Reich vor dem Beginn neuer und heftiger innerer Kämpfe stehen. Doch haben wir zu dem Grafen Hertling das Vertrauen, daß er sich bei der Verwaltung seines hohen Reichsamts allein und ausschließlich um rein deutschen Interessen leiten lassen und wenig darüber wachen wird, daß auf dem fester gepflasterten Wege nach Rom und Wien keine Konterbande eingeschmuggelt wird. Die neue Wahlkarte, die von der Reichspost angekündigt wird, dürfte die Probe auf das Gerüst abgeben. Wie weit von Hertling seine Politik zu verfeinern gedenkt, wie weit den Veränderungen des Papstes, den Frieden zu fördern, durchaus sympathisch gegenüber, und wünschen ihnen vollen Erfolg. Aber wir verhehlen nicht, daß uns die weiteren Mitteilungen, die von der Reichspost an ihre Redaktion gemeldet werden, mit lebhaftem Interesse erfüllen. Das Blatt schreibt nämlich: „Der Mangel an diplomatischen Beziehungen mit den Staaten der Entente brachte es mit sich, daß der Papst sich zunächst wieder an die siegreichen Mittelmächte anlehnte, bei denen seine Stimme Gehör zu finden vermochte. Vorläufig legt nur die Nachricht vor über den erfolgten diplomatischen Schritt, jedoch nichts über den Inhalt der vom Papst gemachten Vorschläge der Wählung und des Ausgleichs.“ Das heißt doch auf gut deutsch, daß sich der Papst einseitig an die siegreichen Mittelmächte gewandt hat, um ihnen allein Vorschläge der Wählung und des Ausgleichs zu machen.

Er muß das also doch, trotz aller Andeutungen der deutschen und österreichischen Regierung für einen Frieden, ohne Annexionen und Kriegsentwöhnungen“ für nötig halten; während er angesichts der ausgedehnten Annexionsprogramme unserer Feinde, die neben deutschen Gebiete die Verdrängung Österreich-Ungarns und die Vernichtung der deutschen Weltmachtstellung verlangen, es nicht für erforderlich hält, auch ihnen Vorschläge der Wählung und des Ausgleichs zu unterbreiten. Hier schreitet eine Gefahr im Verzuge, die bei der Zusammenkunft unserer Reichstagsmehrheit und dem Entgegenkommen unserer Regierung nicht mehr ernst genug bewertet werden kann. Möchte daher die Neupflasterung des Weges nach Wien und Rom nicht auf Kosten Deutschlands erfolgt sein!

Die Wahlreform im Landtage.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 5. Dezember.

Am Regierungssitz Ministerpräsident Graf Hertling, Dr. Friedberg und a. L. anderen Minister.

Der Präsident führt aus: Bei der

Beratung der Wahlreform

werden alle nur das eine Ziel, das Wohl der Vaterlandes, im Auge haben. Ich bitte dabei die politische Gesamtlage nicht zu vergessen. Die Wahlreform ist bei aller Wichtigkeit doch nicht die einzige, ja nicht einmal die entscheidende Schicksalsfrage des Volkes. Eine ganze Welt von Feinden wartet auf heute noch gespannt, die deutsche Kraft durch inneren Hader geschwächt und ihre eigene, sinkende Siegeshoffnung durch unsern Zwist neu belebt zu sehen. Das Verhandlungsbild kann also nicht ohne einen weitestgehenden Einfluß auf die Friedensbereitschaft der Feinde und die Fortdauer des Krieges sein.

Ministerpräsident Graf Hertling

ergriff das Wort zu folgenden Ausführungen:

Am 1. November d. Jrs. hat mich S. M. der Deutsche Kaiser und König von Preußen auf die Stelle des Reichskanzlers berufen und, da eine Trennung der beiden Ämter sich als unumgänglich herausstellte, mich im Anschluß daran auch zum Präsidenten des preussischen Staatsministeriums

ernannt. Dem Reichstage, dem ich mich am vorigen Donnerstag als Reichskanzler vorzustellen hatte, war ich nicht unbekannt, da ich ihm viele Jahre als Mitglied angehört hatte. Zu Ihnen dagegen, meine Herren, komme ich heute als ein völlig Fremder. Ich bin kein geborener Preuße. Ich habe zwar 15 Jahre in Preußen gelebt und auch im Jahre 1880 als außerordentlicher Professor an der Universität Bonn den Staatsbeamtenzweig gewählt, bin aber schon 1882 nach München übergesiedelt, wo ich nahezu 30 Jahre als Professor an der Universität gewirkt und zuletzt seit 1912 an der Spitze des bayerischen Ministeriums gestanden habe.

Die Schwierigkeiten, die sich mir hieraus in meiner neuen Stellung ergeben, habe ich vom ersten Augenblick an sehr hoch eingeschätzt. Ich habe, da der hochverdiente bisherige Vizepräsident des Staatsministeriums, der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach, gebeten hatte, ihn von der Funktion des Vizepräsidenten zu entheben, Se. Majestät gebeten, einen neuen Vizepräsidenten zu ernennen, der in weiterem Umfange, als es bisher der Fall war, den Präsidenten zu vertreten haben würde, und Se. Majestät hat beauftragt durch die Ernennung des Herrn Geh. Rates Dr. Friedberg zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums dieser Bitte entsprochen. Meinerseits kann ich nur die Versicherung geben, daß ich nach Kräften bemüht sein werde, mir das Vertrauen zu erwerben, auf welches ich bisher einen Anspruch nicht erheben kann.

Sie wissen, meine Herren, vor welcher schwierigen und bedeutungsvollen Aufgabe ich mich bei der Übernahme meines

Antes sofort gestellt sah. Es ist mir die Verpflichtung auferlegt worden, ein

feierliches und zu wiederholten Malen gegebenes Königswort

eingulden. Ich werde alle meine Kräfte daran setzen, dieser Ehrenpflicht zu genügen, und ich tue es aufrichtigen Herzens. In anderer Stelle habe ich kürzlich daran erinnert, daß der Krieg nicht nur tiefe Spuren im Volksleben hinterläßt, sondern erfahrungsgemäß auch neue Aufgaben bringe und zu neuen Gestaltungen führe. Ich besand mich dabei in voller Übereinstimmung mit den Worten der Thronrede, durch welche am 13. Januar 1918 der Landtag der Monarchie eröffnet worden ist. Der Geist des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften.

Die Ihnen vorgelegten Entwürfe bezeichnen den Weg, auf welchem diese Worte zur Tat werden sollen. Es bedeutet dies, wie ich vollkommen anerkenne, einen Wendepunkt in der inneren Geschichte Preußens. Aber, meine Herren, eine staatsrechtliche Vollziele, wie ich sie durchaus vertritt, kann sich nicht darauf beschränken, unter allen Umständen das Bestehende zu konstatieren. Sie muß im gegebenen Falle auch

mutig und entschlossen zu Neuerungen

die Hand bieten, wenn die Entwicklung des Volkslebens sie verlangt. Daß ein solches Vorgehen bei den Anhängern des Bestehenden fälschlich Bedenken und schmerzliche Gefühle weckt, ist natürlich, und ich bitte Sie, meine Herren, zu glauben, daß ich diese Gefühle durchaus zu würdigen weiß. Ja, noch mehr, ich verstehe es, wenn in diesen Kreisen das Festhalten an dem von den Vätern Überkommenen nicht eine bloße Gefühlsfrage ist, sondern sich ihnen geradezu als Gewissensfrage darstellt. Aber, meine Herren, dieser Gewissenskampf muß durchgeklämpft werden. Es läßt sich ein

Wahlrecht nicht länger halten.

über welches schon vor 50 Jahren kein Geringerer als Fürst Bismarck sein bekanntes Verdikt ausgesprochen hat. Es läßt sich nicht mehr halten angesichts der tiefgreifenden Veränderungen, welche die Zusammensetzung des Volkskörpers erfahren hat. In voller Würdigung der entgegenstehenden Bedenken und Empfindungen kann ich es nur auf das nachdrücklichste betonen, daß Sie dem Vaterland einen großen Dienst leisten, wenn Sie der Vorlage, selbstverständlich nach eingehender Prüfung, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Was die Gesetzesvorlage über die

Zusammensetzung des Herrenhauses

betrifft, so ist das Ziel, welches sie verfolgt, das Herrenhaus nicht nur in seiner bisherigen Stellung und Bedeutung zu erhalten, sondern es fester in der Gesamtheit des Volkes zu verankern. Der alte Agrarstaat, wie er noch bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts bestand, besteht nicht mehr. Neben dem Grundbesitz sind in steigendem Maße Handel und Industrie als bestimmende Elemente im wirtschaftlichen und damit im öffentlichen Leben hinzugekommen. Es erscheint daher berechtigt, ja notwendig, die Zusammensetzung unter möglichstster Schonung des Bestehenden im Sinne einer beruflichen Vertretung neu zu ordnen, wobei auch Vertreter der ländlichen und städtischen Selbstverwaltung herangezogen werden sollen. Ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen, glaube aber die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß die Grundgedanken des Gesetzesentwurfs Ihren Beifall finden werden.

Die weitere Begründung der Vorlage darf ich meinen Herren Kollegen im preussischen Staatsministerium überlassen.

Ich schließe mit dem nochmaligen Appell: Bringen Sie dem Vaterland das Opfer, wenn es ein Opfer für Sie ist und stimmen Sie den Vorlagen zu; Sie werden dadurch das Gelingen des Staates fördern und möglicherweise sogar zur Verhütung schwerer Erschütterungen beitragen. (Beifall)

Nach dem Ministerpräsidenten spricht der

Minister des Innern Drews:

Das preussische Wahlrecht hat nicht mehr für die heutigen Verhältnisse. Die Abänderungsbedürftigkeit wurde von der überwiegenden Mehrheit der Parteien und der Regierung lange anerkannt. Die soziale und die wirtschaftliche Lage und besonders die Steuerverhältnisse haben sich derart verschoben, daß das

geltende Wahlrecht als eine Ungerechtigkeits

empunden wird, da es den ersten Klassen ein Übergewicht in der Vertretung verschafft hat. Der Abänderungsversuch von 1900 scheiterte. Das große Beirringen hat alle Volksschichten ergriffen und die Wahlrechtsfrage wieder in Fluß gebracht. Die Zeit verlangt gebieterisch ihre Lösung. Die gleiche Verpflichtung aller preussischen Männer dem Vaterlande gegenüber in Not und Tod führt dazu, daß die Lösung der Wahlrechtsfrage nur dadurch gefunden werden kann, daß jeder Preusse bei der inneren Gestaltung des Staatswesens grundsätzlich das gleiche Recht hat. (Beifall.) Preußen muß auf Gerechtigkeit und Recht setzen. Wenn auch solche Fragen weniger mit dem Herzen als mit dem Kopfe gelöst zu werden pflegen, so müssen doch gerade die großen, letzten Ziele der inneren Politik auch auf ethischem Boden wurzeln. (Beifall.) Sollen Liebe, Freude und Begeisterung in der Bevölkerung zum Staate bestehen, dann kann es nur dann geschehen, wenn im Volke die Empfindung herrscht, daß im Staatswesen der ethische Gedanke verwirklicht ist. Das Plural-Wahlrecht würde an sich vielleicht dem rein logischen Standpunkte das folgerichtige Wahlrecht sein, wenn es einen untrüglichen Schlüssel gäbe für Wert und Bedeutung eines jeden einzelnen Staatsbürgers. Gerade diese Voraussetzung aber fehlt. Das Plural-Wahlrecht ist daher für die Staatsregierung unannehmbar. Die offene oder versteckte Abstufung nach den politischen Momenten ist unvereinbar mit den Forderungen der neuen Zeit. (Beifall.) Die Forderung „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte“ kann nur verwirklicht werden durch die Einführung des gleichen Wahlrechts. (Erneuter Beifall.)

Auf dem Wege zum Frieden.

Die russische Revolution war kein Zufall, wie General Dubendorff erklärte, sondern die Folge des Zusammenbruchs der russischen Volkswirtschaft. Volk gegen Volk ringt in diesem

gewaltigen Kriege, in dem das russische Volk trotz seiner starken numerischen Überlegenheit nach einer unendlichen Reihe schwerster militärischer Niederlagen zusammenbrach. Das russische Friedensverlangen ist daher auch nicht eine Kriegsfrage, sondern eine Angelegenheit, die die Gesamtheit des Volkes bezieht. Es handelt sich hier um eine gebieterische, fastische Notwendigkeit, nicht um Personenfragen. Deshalb kann die Bewegung, man darf heute schon sagen konnte sie, nicht im Sande verlaufen oder von irgend einer anderen Macht innerhalb Russlands aufgehalten werden. Je flüchtiger und greifbarer die bisher erzielten Fortschritte auf dem Wege zum Frieden sind, um so größer und härter wird der Kreis der Russen, die sich mit ihrer ganzen Person für die Erreichung des Friedens einsetzen. Nachdem an vielen Stellen der Front der von Division zu Division vereinbarte Waffenstillstand zum Abschluß gelangt ist, dürfen wir daher auch die zureichende Erwartung hegen, daß es in absehbarer Zeit mit Russland zum Frieden kommen wird. So eifrig die Militärs der Bestmühte und deren Freunde die große und allgemeine Bewegung auch noch aufzuhalten trachten mögen, sie werden nichts erreichen. Und sollten selbst die Lenin, Plehans und die anderen Schrittmacher der Friedensbewegung von ihrem Posten zurücktreten, das große Friedenswerk ist auf genügend starke Fundamente aufgerichtet worden, um sich selbst durchzusetzen.

Verräter schelten die Bestmühte oder doch deren kühn-vertrauende Leiter der früher so überauswärtig gefeierten Bundesgenossen. Sie können nicht genug sagen, daß Russland den hochheiligen Londoner Krieg- und Todvertrag vom 4. September 1914 wie einen wertlosen Fetzen Papier zerriß und dazu schritt, ohne, so gegen den Willen seiner bisherigen Alliierten zum Frieden zu gelangen. Die Schmachung ist unübersehbar. Denn im Grunde genommen waren es die Schwäche und Trägheit, die an Russland Verrat übten, indem sie über dessen Kopf hinweg und zum Teil geradezu auf Russlands Kosten sich durch geheime Sonderverträge Vorteile zu sichern suchten. Russland hat den Londoner Vertrag in Wirklichkeit von Beginn des Krieges mit anerkennenswerter Treue respektiert, zehnmal gewöhnlicher als England. Russland opferte sich für seine Verbündeten, England schonte und drückte sich gegenüber den allgemeinen Entente-Interessen, wie das Verhalten seiner Kriegsschiffe beweist, und brachte nur dann Opfer, wenn seine eigenen Interessen in Frage standen. Kein, den Schatznamen des Verräters darf England dem bisherigen Bundesgenossen nicht anhängen. Russland hat die Treue gehalten bis in den Tod, bis zum vollständigen militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch. Diese Anerkennung werden auch die Verbündeten des bisherigen Gegners, der hoffentlich recht bald unser Freund sein wird, nicht verweigern. Russland war ehrlich bemüht, Hand in Hand mit seinen bisherigen Verbündeten zum Frieden zu gelangen, der ihm eine Lebensnotwendigkeit geworden war. Nicht Russland ließ seine Alliierten, diese ließen Russland im Stich. Das wird die Geschichte noch im einzelnen erzählen.

Die Folgen des russischen Schrittes sind im Augenblick noch unübersehbar. Tatsache ist, daß nach dem langen furchtbaren Kriege mit seinen Schrecken und Verwüstungen die ganze Welt von heftiger Friedenssehnsucht erfüllt ist. Darum ist es vor allem einmal klar, daß die Neutralen wie auch die Völker der feindlichen Westmächte mit dem Herzen bei dem Vorhaben stehen, daß sich gegenüber zwischen Russland und den Verbündeten vollzieht. Die Stimme des Herzens aber ist trotz ihrer Unabwiesbarkeit eine Größe, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden kann. Das begreifen auch die Kriegsschärfer in London, Paris, Rom und Washington, die stets ohne Ansehung der Mittel bemüht waren, die Meinung der Welt sich genügt zu erhalten. Natürlich werden auch praktische Folgen nicht ausbleiben. Man führt sie vielleicht heute schon in Frankreich, wo wir uns entziehen gewohnt, nicht unbedeutende Gewerkschaften westlich von Cambrai zwischen Rußland und Genua sowie südlich von Genua bei Venedig zurückzubereiten. Italien, gegenüber dem unsere Offensiv, auch wenn sie jetzt zum Stillstande gelangte, einen vollen Erfolg erzielte, hat die große Wendung der Dinge bitter empfunden und wird an der Seite der Ententegegner noch weitere able Erfahrungen machen. Japan und Amerika sollen die Retter sein, werden es aber niemals werden. Vom Osten kommt das Licht, vom Osten kam der Frieden, der sich hoffentlich zum Westfrieden ausgestalten wird. Und der neue Frieden wird den Bund in unerschütterlicher Eintracht vereint sehen, die seine Stärke bleiben wird, während die „berühmte Vereinigung“, die Entente Cordiale, in die Brüche gegangen ist. Der Sieg der Gerechtigkeit wird den Frieden heraufführen, in dessen Schatten die Welt genesen soll.

Die Tagesherichte.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 5. Dezember. (W.B. Antik.) Abendbericht. Erfolgreiche Kämpfe zwischen Juch und Bourlon. In den Sieben Gemeinden wurde der Italiener erneut aus starken Stellungen geworfen.

Der bulgarische amtliche Bericht.

Sofia, 5. Dezember. (W.B.) Generalstabbericht. Raubdonische Front: Das gewöhnliche Schützengraben, das stellenweise etwas heftiger war. In der Mogenagend und östlich des Bardar wurden vom Feinde nach Artillerievorbereitung unternehmende Erkundungsvorläufe abgewiesen. Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf das Militärhospital beim Bahnhof Koren. In der Gegend von Serres bei Xanthi zwangen wir zwei französische Flugzeuge zur Landung und nahmen sie gefangen. — Dobrußasfront: Lage unverändert.

Der türkische amtliche Bericht.

Konstantinopel, 5. Dezember. (W.B.) Amtlicher Bericht. Sinalfront: An der Küste und westlich von Jerusalem im allgemeinen Ruhe. Ein Versuch des Gegners, gegen unsere Truppen südlich von Neel'n vorzugehen, scheiterte schon in unserem Artilleriefeuer. Heftiger Vorkampf bei Beirut. Den Engländern gelang es, sich vorübergehend in den Besitz dieses Ortes zu setzen. Abends hatten unsere tapferen Truppen alle ihre Stellungen wieder genommen. Starkes Artilleriefeuer lag auf unseren Stellungen vorwärts Bethunie. Sonst keine Ereignisse.

Die amtlichen Berichte der Gegner.

Französischer Bericht vom 4. Dezember, nachmittags: Große Tätigkeit der beiden Armeen, besonders in der Gegend von Taurin—Mafons-de-Champagne. Auf dem linken Ufer der Maas haben die Deutschen östlich von Abcourt und im Abschnitt von Horgues an unsere Linien heranzukommen versucht. Unser Feuer hat ihren Versuch glatt

aufgehalten. Ruhige Nacht auf dem Rest der Front. Abends: In der Champagne wiesen wir zwei Angriffsversuche auf unsere kleinen Posten zwischen Taurin und den Mafons-de-Champagne ab und fügten dem Feinde Verluste zu. Heftige Artillerieaktionen auf dem rechten Maasufer im Abschnitt von Beaumont und in den Bogenen in der Gegend des Bon Homme. Nichts zu melden von der übrigen Front.

Englischer Bericht aus Palästina vom 3. Dez.: General Allenby meldet: Die allgemeine Lage ist unverändert. In der Nachbarschaft von Beit el Jusa kam es zu einigen Kämpfen, bei denen wir Gefangene machten. Truppen mehrerer Divisionen unternahmen einen erfolgreichen Überfall auf einen türkischen Posten südlich Rahmusa und machten die ganze Besatzung nieder. Unsere Flugzeuge fuhren fort, die türkischen Verbindungslinien in der Gegend Tulkas mit guten Ergebnissen mit Bomben zu beschießen.

Italienischer Bericht vom 4. Dezember: Tagsüber feindliche Artillerieaktivität auf der Schlegener Hochfläche. Unsere Batterien richteten wiederholt konzentrisches Feuer auf Truppenansammlungen. Ein Angriffsvorstoß feindlicher Infanterie östlich des Monte Josenche wurde durch unser Feuer sofort zum Stehen gebracht. Feindliche Kolonnen, welche das Sereno-Tal aufwärts ziehend, sich unserer Front näherten, wurden von unseren Batterien gestoppt und aufgehalten. Zwei feindliche Heftballone wurden abgeschossen.

Ein englischer Bericht aus Deutsch-Ostafrika.

Englischer Bericht aus Ostafrika: Der Vertreter des Reiterjäger Bureaus in Deutsch-Ostafrika drückt aus Abanda ohne Datum: Jetzt ist es möglich, die Geschichte des großen Kesselzuges zu erzählen, das in der Übergabe der Talschen Streitmacht gipfelte. Nachdem wir Mahenge eingenommen hatten, rückten sich die Deutschen zu ihrem Rückzug, 300 englische Meilen (480 Kilometer) weit auf die portugiesische Grenze. Da das englische Hauptquartier sah, daß die Transportmittel zu einer schnellen Beförderung nicht hinreichten, wurde ein Teil der beizüglichen Streitmacht als Schutz zurückgelassen, nach Mfies gebracht und von dort auf Schiffe verladen, so daß er die Verbindungsstellen Tals bedrohte. Der deutsche Führer wurde so gezwungen, sich schneller als er beabsichtigt hatte, zurückzuziehen. Inzwischen rückte unsere nördliche Streitmacht ihn von hinten; so daß die feindliche Streitmacht von Mahasserie her seinen Rücken und die östliche Flanke, so daß Tals sich in der Nähe von Kewas von allen Seiten bedroht sah. Anstatt an Nahrungsmitteln, wandte er sich nach Osten in der Erwartung, Vettas-Borbed zu treffen. Wir jedoch wandten alle Vorsorge an, beide auseinander zu halten. Sobald Tals Erkundungsvorläufe begannen, führte er ein englisches Hornistene auf. Er wandte sich nach Süden hinein in die offenen Arme einer vom englischen Hauptquartier sorgfältig vorbereiteten Falle. Umringt, ausgehungert und außerstande, eine Verbindung mit Vettas-Borbed zu bekommen, ergab er sich. Unsere ganze Streitmacht kann sich nun an die Umzingelung von Vettas-Borbed machen.

Die Lage in Russland.

Petersburg, 5. Dez. (W.B.) Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet: Die Regierung ernannte Petrowsky zum Minister des Innern, Moronow zu dessen Gehilfen.

Das Dumagebäude ist von Maximilianen der roten Garde besetzt, um zu verhindern, daß die Duma Sitzungen abhält. Die Schlösser zur Duma befinden sich in den Händen der Maximilianen. Der Eisenbahner-Ausschuss erhielt die Meldung, daß es Korni low in der letzten Nacht gelungen sei, mit vier Sowjet-Kasaken aus Buschow, wo er gefangen gehalten wurde, zu entfliehen.

Der „Berl. Vol.-Anz.“ berichtet: Nach drohtlosen Berichten aus Petersburg richtete Krikenko eine Proklamation an die russischen Soldaten, worin er bekannt macht, daß er mit den revolutionären Truppen in Verbindung eingetreten sei, und das Hauptquartier umzingelt habe. Die Soldaten haben General Dubonin aus dem Eisenbahnenzug geworfen und ihn auf diese Weise ermordet. Darauf ergriff General Kornilow die Flucht.

„Der. Inge Tidende“ veröffentlicht eine Meldung, nach der sich befindet, daß Sibirien sich als unabhängige Republik erklärt hat und in Tomsk unter dem Präsidenten Potepin eine eigene Regierung gebildet hat, die ihren Sitz im früheren Gouverneursgebäude aufgeschlagen hat. Die neue weiß-grüne sibirische Flagge weht von allen öffentlichen Gebäuden. Alle Teile Sibiriens hätten sich der neuen Republik angeschlossen. Auch der Kaukasus sei im Begriff, sich von Russland loszusagen und eine eigene Regierung zu bilden. Zum Ministerpräsidenten sei der frühere Bürgermeister von Baku Buseh ausgerufen.

Nach einem Bericht der „Neuen Korrespondenz“ aus Petersburg geht aus den Ergebnissen der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung in Petersburg hervor, daß sich zwei mächtige Blöcke, der der äußersten revolutionären Kräfte und der der liberalen Opposition bilden. Die Bolschewiki leiten den revolutionären Block und die Kadetten den Block der liberalen Opposition. Die Gruppen und Untergruppen, die die frühere sozialistische Union bildeten, würden verschwinden.

Die Frankf. Ztg. schreibt: Dabas meldet aus Petersburg: Die Mehrheit der Mitglieder des Petersburger Gemeinderats ist gewillt, im Amte zu bleiben und sich den Absichten der Bauern, Arbeiter und Soldaten durch eine Gegenrevolution zu widersetzen. Das Sowjet-Organ „Iswestija“ proklamiert heute den Klassenkrieg. Die Vorgänge in Petersburg Gemeinderat sind auch durch diese Meldung nicht klargestellt. Der Gemeinderat wurde vom Räte der Volkskommissare, der Leninschen Regierung, aufgelöst erklärt, weil er einen gegen die Waffenstillstandsverhandlungen und die Friedenspläne Lenins gerichteten Beschluß angenommen hatte. Der Bürgermeister Schredde und fünf Gemeinderäte wurden verhaftet. Der Gemeinderat protestierte aber gegen diese Verhaftungen, worauf Schredde wieder freigelassen wurde; daraus scheint jedenfalls hervorzugehen, daß der Gemeinderat die von Lenin verfügte Auflösung nicht anerkennt und vorläufig weiter zusammentritt. (Die Red.)

„Sozialdemokraten“ berichten aus Petersburg über Stobolow: Die russische Regierung hat über 500 Abgeordnete ausgesagt, um die Bauern über wirtschaftliche Organisationsfragen aufzuklären, sowie 150 Abgeordnete, die in die Verfassungsverhältnisse Ordnung bringen sollen. Es werden bereits in dieser Richtung Verbesserungen gespürt. (Anz.)

— Pakete an deutsche Kriegsgefangene! Den an deutsche Kriegsgefangene ins Ausland gehenden Paketen dürfen keine schriftlichen Mitteilungen beigelegt werden. Die Paketumschließung muß einen entsprechenden Vermerk tragen. Gegen diese Bestimmung, die getroffen worden ist, damit keine den deutschen Interessen schädlichen Nachrichten in das feindliche Ausland gelangen, wird noch fortgesetzt verstoßen. Wie die von den deutschen Behörden vor der Abendung der Pakete ins Ausland vorgenommene Kontrolle ergibt, finden sich in den Paketen an deutsche Kriegsgefangene andauernd Briefe und sonstige schriftliche Aufzeichnungen vor, teilsweise in Matrosenkleid, Tabak und dgl. verpackt oder in Klebungsstücke eingeklebt. Die Bevölkerung wird eindringlich davor gewarnt, derartige — wenn auch noch so harmlose — Mitteilungen oder Aufzeichnungen den Paketen an deutsche Kriegsgefangene beizulegen. Die Beilegung ist nach einer Verordnung des stellv. Generalkommandos strafbar, im übrigen auch zwecklos, da alle Mitteilungen an Kriegsgefangene fortan frei durch Briefe und Karten gemacht werden können. Schriftliche Mit-

Gelegentlich in Paketen eingehen auch im feindlichen Ausland der Kontrolle nicht und bringen den deutschen Kriegsgefangenen leicht Ungelegenheiten.

Vermischtes.

500 000 Mark verschwunden. In Saarbrücken ist auf dem Wege vom Postamt 3 zum Postamt 1 in der Nacht zum 27. Nov. ein Geldbeutel abhanden gekommen, der u. a. ein Wertpapier mit 500 000 Mk. in Tausendmarken enthält. Auf die Herausgabe des Geldes ist eine Belohnung von 3000 Mk. ausgesetzt.

Kirchenplünderung. In der von Wallfahrtsbesuchern vielbesuchten Kirche in Kloster Holzen bei Donauwörth wurde nach Betrümmung des Innenraums eine Reihe wertvoller Gegenstände gestohlen, darunter ein kostbares Kreuz aus Eichenholz mit Brillanten, zwei goldene mit Edelsteinen besetzte Kreuze, ein Kruzifix, zwei Goldkelche, eine sehr wertvolle Kette aus Berlin mit Anhänger und eine Granatenschnur. Als Täter kommt ein etwa 35-jähriger Bursche in Betracht.

Ein siebzehnjähriger Frauenmörder! Aus Berlin berichten die Blätter Einzelheiten über die schnell erfolgte Verhaftung des Frauenmörders Kurt Drachholz, der vor kurzem die Frau Argiminska ermordete. Drachholz, der erst 17 1/2 Jahre alt ist, war vor einer Woche seinen Eltern entlaufen. Er hatte 400 Mark entwendet und flüchtete nun, daß seine Eltern ihn bestrafen würden. Gleich nach seinem Fortbleiben von der elterlichen Wohnung lernte er die Argiminska kennen. Wie die Witze der Ermordeten auslegte, war Drachholz in der letzten Woche vier- oder fünfmal bei der Argiminska gewesen. Von den entwendeten vierhundert Mark hatte er ihr hundert Mark gegeben. Auch die anderen dreihundert Mark hatte er bald durch stotterndes Leben verbraucht. Die Argiminska hatte ihm erzählt, daß sie ein Sparbüchsen mit Geld und außerdem noch bares Geld in Höhe von sechshundert Mark besitze. Drachholz sagte daraufhin den Plan, die Argiminska zu ermorden. Er kaufte sich am Sonntag in einem Geschäft in der Friedrichstraße einen Dolch und suchte dann am Abend die Argiminska in der Straße auf, wo er sie zu treffen hoffte. Um 11 1/2 Uhr nachts begab er sich dann in die Wohnung der Argiminska. Drachholz legte den Dolch ohne daß die Argiminska bemerkte, unter das Kopfkissen. Nach der Blutrut ergriff er, nur halb angekleidet, die Argiminska, die zurückgebliebenen Kleidungsstücke führten auf die Spur des Mörders. Man fand in einer Weste einen sogenannten Geldeinwandler und konnte aus diesem Umstand schließen, daß der Täter ein Mörder war. Aber damit nicht genug, entdeckte man auch in der Weste die eingeklebte Weste des Geldes, aus dem Drachholz seinen Anzug bezogen hatte, und außerdem eine Kontrollnummer dieser Firma. An der Hand dieser Kontrollnummer wurde dann der Verursacher für diesen Anzug ermittelt, und aus ihm wurde also nun die Adresse und der Name des Drachholz ermittelt.

Letzte Nachrichten.

Nur Waffenstillstand! — Keine Friedensverhandlungen.

Amsterdam, 6. Dezember. Die Londoner Daily Mail meldet aus Petersburg: Die Abschnung der Kriegsführenden zur Besprechung eines Waffenstillstandes sind übereingekommen, nur über den Waffenstillstand zu verhandeln, die Friedensfragen einer europäischen Konferenz zu überlassen.

Auch der Große Generalstab will Frieden.

Rotterdam, 6. Dez. Der Große Generalstab bei Petersburg gab bekannt, daß, obgleich er es nicht gutheißen könne, daß Rußland ohne seine Verbündeten verhandelt, er sich dennoch entschlossen habe, der Abschnung für die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen 2 Offiziere beizugeben, die auf den Unterhandlungen auch die Interessen der Alliierten wahrnehmen werden.

Die Vereinigten Staaten und Rußland.

Genf, 6. Dez. Der New York Herald meldet aus New York: Präsident Wilson befaßt dem Staatsdepartement zur Klärung der Vollmachten des bisherigen russischen Botschafters in Washington, direkte Verhandlungen mit der neuen russischen Regierung einzuführen. Die Erklärungen Wilsons lassen den Schluss zu, daß der Präsident die maßgebende Regierung unter Vorbehalt anerkennen werde.

Die Entente-Konferenz und Rußland.

Genf, 6. Dez. Die Entente-Konferenz verhandelt, wie ein Mitarbeiter berichtet, viele Stunden über die russischen Waffenstillstandsverhandlungen. Am Schluß der letzten Sitzung wurde vom französischen Minister mitgeteilt, es seien an sämtliche Botschafter Entente-Botschafter, auch an den japanischen, gleichlautende Instruktionen in der russischen Angelegenheit abgegeben. Man dürfe nur soviel sagen, daß nichts außer Acht gelassen werde, was die gegenwärtige Lage der Dinge betraf. In keinem Falle würde die Entente-Konferenz anerkennen werden.

Fliegerangriff auf Rheibrücken!

Landshausen, 6. Dezember. (W.A.) Am 5. Dezember nachmittags 2 1/2 Uhr erschienen von Osten kommend drei feindliche Flieger über Rheibrücken. Sie warfen acht Bomben ab, durch die vier Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Außer Beschädigungen an einzelnen Wohnhäusern und Schuppen entstand kein nennenswerter Sachschaden. Der Angriff erfolgte in westlicher Richtung.

Secunda. Schriftsteller: Herr. Schreiber in Dillenburg.

Hinlicher Teil.

Verordnung über Kaffee-Ersatzmittel.

Am 10. November 1917.

Auf Grund der Verordnung über Kaffee, Tee und Kakao vom 11. November 1915 und 4. April 1916 (R.G. Bl. 1915 S. 750, 1916 S. 233) wird verordnet:

§ 1. Wer Kaffeeersatzmittel in nicht verpackter Form (so wie Ware) an Verbraucher abgibt, ist verpflichtet, durch deutlich sichtbaren Aufdruck in den Verkaufsformen den Namen oder die Firma und den Ort der gewerblichen Hauptniederlassung desjenigen, der die Ware herstellt, sowie den Kleinhandelspreis bekannt zu geben.

Für Kaffeeersatzmittel die in Packungen oder Behältnissen an Verbraucher abgegeben werden, bleiben die Vorschriften der Verordnung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 23. Mai 1916 (R.G. Bl. S. 423) unberührt.

§ 2. Als Kaffeeersatzmittel im Sinne dieser Verordnung gelten auch Mischungen von solchen mit Bohnenkaffee.

Das Vermischen von Kaffeeersatzmitteln aus Getreide oder Wurzeln mit anderen Kaffeeersatzmitteln ist nur mit Genehmigung des Kriegsausschusses für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel im h. d. in Berlin zulässig.

§ 3. Der Preis für Kaffeeersatzmittel aus Getreide oder Wurzeln darf nicht übersteigen:

- a) beim Verkauf an Großhändler für Ware in geschlossenen Packungen oder Behältnissen 44,50 Mark für 50 Kilogramm; für lose Ware 37,75 Mark für 50 Kilogramm;
- b) beim Verkauf an Kleinhandeler: für Ware in geschlossenen Packungen oder Behältnissen 48,00 Mark für 50 Kilogramm; für lose Ware 42,00 Mark für 50 Kilogramm;
- c) beim Verkauf an Verbraucher (Kleinhandel): für Ware, die in geschlossenen Packungen oder Behältnissen an den Kleinhandeler geliefert worden ist, 56 Pf. für 1 Pfund; für andere Ware 52 Pfennig für ein Pfund.

Beim Verkauf kleinerer Mengen dürfen Bruchteile eines Pfennigs auf ganze Pfennige nach oben abgerundet werden.

§ 4. Der Preis für andere Kaffeeersatzmittel darf nicht übersteigen:

- a) beim Verkauf an Großhändler: für Ware in geschlossenen Packungen oder Behältnissen 68,50 Mark für 50 Kilogramm; für lose Ware 61,25 Mark für 50 Kilogramm;
- b) beim Verkauf an Kleinhandeler: für Ware in geschlossenen Packungen oder Behältnissen 72,50 Mark für 50 Kilogramm; für lose Ware 63,75 Mark für 50 Kilogramm;
- c) beim Verkauf an Verbraucher (Kleinhandel): für Ware, die in geschlossenen Packungen oder Behältnissen an den Kleinhandeler geliefert worden ist, 84 Pfennig für ein Pfund; für andere Ware 80 Pfennig für ein Pfund.

Beim Verkauf kleinerer Mengen dürfen Bruchteile eines Pfennigs auf ganze Pfennige nach oben abgerundet werden.

Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel, im h. d. in Berlin kann mit Genehmigung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts für die Preise von Kaffeeersatzmitteln abweichende Bestimmungen treffen.

§ 5. Beim Verkauf an Großhändler und Kleinhandeler hat die Lieferung zu den festgesetzten Preisen auch für Station (Wagen oder Schiff) des Empfängers einschließlich Verpackung zu erfolgen.

§ 6. Wer Stoffe zur Verarbeitung auf Kaffeeersatzmittel durch den Kriegsausschuß zugewiesen erhält, hat die von ihm hergestellten Kaffeeersatzmittel, auch soweit sie aus anderen Stoffen hergestellt sind, nach den Bestimmungen des Kriegsausschusses zu liefern.

§ 7. Die in dieser Verordnung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (R.G. Bl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (R.G. Bl. S. 25) 23. März 1916 (R.G. Bl. S. 185) und 22. März 1917 (R.G. Bl. S. 233).

§ 8. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft:

1. wer der ihm nach § 1 Abs. 1 obliegenden Verpflichtung nicht nachkommt oder in dem vorgeschriebenen Ausmaß Angaben macht, die der Wahrheit nicht entsprechen;
2. wer den Vorschriften im § 2 Abs. 2, § 6 oder den auf Grund des § 4 Abs. 2 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Borteile erkannt werden, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 9. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

Für den Verkauf von Kaffeeersatzmitteln, die sich bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits im Handel befinden, können die Kommunalverbände und Gemeinden Ausnahmen von den in dieser Verordnung festgesetzten Preisen bis zum 31. Dezember 1917 einschläßlich zulassen.

§ 10. Diese Verordnung tritt mit dem 23. November 1917 in Kraft.

Berlin, den 16. November 1917.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts:
von Baldern.

Entschädigungen für Volksschullehrer und Lehrerinnen für auswärtige Verordnungen.

1. Bei auswärtigen Verordnungen ist an Entschädigung zu gewähren:

1. eine Vergütung für die unterrichtliche Mithewaltung;
2. eine angemessene Entschädigung für den Gang zum auswärtigen Ort und zurück nach der Erfassung der baren Ausgaben.

Zu 1. Diese Vergütung kann grundsätzlich nur beantragt werden für diejenigen Stunden, die über die Pflichtstunden hinausgehen, und wird hiermit den festgelegten Zeitverhältnissen entsprechend bis auf weiteres auf mindestens 2 Mk. für die Ueberrunde festgesetzt.

Zu 2. Die Entschädigung für den Gang, sofern er zu Fuß zurückgelegt wird, beträgt bei einer Gesamtwegstrecke hin und zurück von über 2 Kilometer bis einschließlich 5 Kilometer mindestens 50 Pf. von über 5 bis einschließlich 10 Kilometer mindestens 1 Mk. und steigt für je 5 Kilometer mehr um 50 Pf. Bei besonders beschwerlichen Wegen und schlechter Jahreszeit können diese Sätze den besonderen Umständen entsprechend angemessen erhöht werden, wobei auch dem damit in Zusammenhang stehenden größeren Verbrauch von Kleidung und Schuhwerk Rechnung getragen werden kann.

Neben dieser Entschädigung für den Gang werden die notwendigen baren Ausgaben erstattet. Hierzu gehören insbesondere Ausgaben für Eisenbahnfahrten, Wagen und Zehrungsgeld.

II. Lehrer und Lehrerinnen, welche auf Grund dieser Bestimmungen entschädigungsberechtigt sind, können ihre Ansprüche mit der nötigen Begründung bei den Herren Kreis- und Stadtschulinspektoren anbringen, welche sie nach Prüfung und mit ihrer Aufzeichnung versehen an den Landrat abgeben. Dieser legt die Entschädigung fest und weist den Schulverband zur Zahlung an. Halten die Lehrer die vom Landrat festgesetzte Entschädigung nicht für ausreichend, so können sie unsere Entschädigung anrufen.

III. Alle hiermit nicht in Einklang stehenden früheren Bestimmungen werden aufgehoben.

Wiesbaden, den 27. November 1917.
Königliche Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Wird den Gemeindebehörden zur Kenntnis mitgeteilt.
Dillenburg, den 3. Dezember 1917.

Der Königl. Landrat.

Sehr gute Verpflegung

finden Schüler im Sanatorium.
Paderborn, Ob. Hess.

Pferde- u. Kuh-Mist

abzugeben.
Dillenburg, Hauptstr. 10.

Kroßschub gegen Wasserleitungen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß es notwendig ist, die Wasserleitungen gegen Frostschaden zu schützen. Die Wasserleitungen müssen rechtzeitig zu entleeren. Durch nicht zeitige Entleeren der Wasserleitungen verursacht Schaden fällt den Hausbesitzern zu Last.

Dillenburg, im Dezember 1917.

Städtische Licht- und Wasserwerke.
Zunn.

General-Versammlung

Freitag, den 14. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr
im Hotel Neuhoff, dahier.

Nachdem in der Generalversammlung am 5. d. Mts. die im Etat vorgeschriebene Anzahl von Mitgliedern erschienen waren, wird eine weitere Versammlung wie angegeben anberaumt mit der Tagesordnung:

Umwandlung der Genossenschaft in eine solche beschänkter Kapazität.

Dillenburg, den 6. Dezember 1917.

Vorschuß-Verein zu Dillenburg,

Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Kapazität.
Georg. Albrecht. Conrad.

Herren- Paletots Mäntel

aus guten, weichen Stoffen
: moderne flotte Formen :

Mk. 80.— 100.— 140.— 160.— 200.—

Gebr. Herrmann, Siegen, Marburgerstr. 29/33.

Eine Riesenaufgabe.

Die ich nur Kraft Handreichung darüberhitzer Klöße lösen kann, ist in dieser Zeit die Unterhaltung der 1000 Mann gebildeten, alten und jungen Kräfte in unserer Stadt: verlässliche Arbeiter, von überaus ohne Unterschied der Heimat und Religion aufgenommen, zu helfen, zu lehren, zu erziehen, zu beschäftigen und zu erheben. Für Arbeiter und Arbeiterinnen, die in dieser Zeit die Unterhaltung der 1000 Mann gebildeten, alten und jungen Kräfte in unserer Stadt: verlässliche Arbeiter, von überaus ohne Unterschied der Heimat und Religion aufgenommen, zu helfen, zu lehren, zu erziehen, zu beschäftigen und zu erheben.

Kriegsheim Angerburg, Ostpr.

(Postfach-Konto 2423 Königsberg, Pr.)

Freibank.

Freitag, den 7. Debr.,
nach 5 Uhr Verkauf von
Deutscher Reichsbank.
berichtigte Nummern werden
um 1 Uhr ausgeben.

Die Polizeiverwaltung.

Für Besenbinder!

Preisangebote über
Blumen- und Besen-
geräte Abnahme e. Bittet
Karl Jürgens, Bonn Rh.

Suche leistungsfähigen

Stellmacher

für mehrere leichte Auf-
wände. Angebote unter B.
4213 an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

Neue Nähmaschine

Schwingen, vor- u. rück-
wärts, nach, steht zu
verkaufen. Angeb. unter B.
4211 an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

Schwere Simmentaler

Milch- u. Fahrten

mit Mutterkorn steht zu
verkaufen bei

R. L. Martin.
Eisenroth.

Industrielles Werk

zum 1. Januar ein

Fräulein.

das in Sinographie
Ma chinesische Ben perle
Geil. Angeb. unter Nr. 4213
an die Geschäftsstelle d. Z.

Großes
Bestehen
Heer
In dem
Angebot am
Sachlich
unfere
bis über
ende Str
Unter de
er dem
Reind
vorderst
schlich und
sch Nachd
neuz, Ca
schlich von
unter Brei
Liese vorge
Auf se
die Zeit noch
Eprengun
und das
dem Fein
brai sind b
großen Hoffn
verlage ei
lange Zeiten
Die Be
hunders im
hoch
Die Ja
eingetrac
als 9000,
Maschinen
He
An der
pague und
Heuerstät
Nördlich
Kneidigem
Anzahl Gefa
Gestern
18 feindl
Unsere
Lade, so
Ham, Do
griffen.
Große un
Gefährd
Die bede
Leitungen
der Türkei
lands für
Schwarze
Kriegsgefa
1. Dezemb
17. Dezemb
len. Die
Mittandes
Seine gro
Italienisch
Gemeinden
nachschall
Desterreich
Königlichen
und gegen
Deutsch
Wische
und 60 Gef
Der
Die be
Leistungen